

BELEGEXEMPLAR



EINGEGANGEN

23. Mai 2023

JAHRESRECHNUNG zum 31. Dezember 2022

Bericht über die Prüfung der Jahresrechnung

**Bundesverband bäuerlicher
Hähnchenerzeuger e.V.,
Berlin**

ECOVIS Wirtschaftstreuhand GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Hauptniederlassung München

	<u>Seite</u>
A. <u>Allgemeiner Teil</u>	
I. <u>Auftrag und Auftragsdurchführung</u>	3
II. <u>Rechtliche Verhältnisse</u>	4
III. <u>Sonstige Feststellungen</u>	
1. Rechnungswesen	6
2. Steuerliche Verhältnisse	6
IV. <u>Bescheinigung</u>	7
B. <u>Erläuterungen zur Jahresrechnung zum 31. Dezember 2022</u>	
I. <u>Besitzposten</u>	
1. Beteiligungen	8
2. Wertpapiere	8
3. Beitragsforderungen	9
4. Geldmittel	9
5. Sonstige Vermögensgegenstände	9
II. <u>Schulden</u>	
1. Rückstellungen	10
2. Verbindlichkeiten	10
C. <u>Unterzeichnung der Jahresrechnung durch das vertretungsberechtigte Organ</u>	11

Anlagen:

Anlage 1: Vermögensübersicht zum 31. Dezember 2022

Anlage 2: Ertrags- und Aufwandsrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022

Anlage 3: Allgemeine Auftragsbedingungen

A. Allgemeiner Teil

I. Auftrag und Auftragsdurchführung

Der Bundesverband bauerlicher Hähnchenerzeuger e.V. – im nachfolgenden BVH genannt – beauftragte uns die Jahresrechnung und die Buchführung 2022 zu prüfen.

Die Tätigkeit erstreckte sich nicht auf die Organisation des Geschäftsbetriebes und die Aufdeckung evtl. doloser Handlungen. Auch lag die Prüfung eines ausreichenden Versicherungsschutzes sowie die Einhaltung von Datenschutzbestimmungen nicht im Rahmen des uns erteilten Auftrages.

Dem Prüfungsauftrag liegen die als Anlage 3 beigefügten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 1. Januar 2017 zugrunde. Soweit in den für den Auftrag geltenden gesetzlichen Vorschriften eine Haftungshöchstsumme nicht festgelegt ist, bestimmt sich diese nach Nr. 9 der Allgemeinen Auftragsbedingungen.

Im Rahmen des bestehenden Auftragsverhältnisses übernehmen wir die Haftung für unsere Tätigkeit lediglich gegenüber dem Auftraggeber unter Ausschluss der Haftung Dritten gegenüber. Soweit einzelne für den Auftrag geltende gesetzliche Vorschriften zu einer Haftung Dritten gegenüber führen, sind Nr. 1 Abs. 2 und Nr. 9 der Allgemeinen Auftragsbedingungen maßgebend.

Der Auftrag wurde in der Zeit vom 2. Mai bis 8. Mai 2023 digital in unseren Räumen in München ausgeführt.

Als Prüfungsunterlagen standen uns zur Verfügung:

- Buchhaltung einschließlich Kontoauszüge
- Summen- und Saldenliste zum 31. Dezember 2022
- Satzung des Verbandes
- Protokolle der Sitzungen des Vorstandes und der Mitgliederversammlung

Auskünfte erteilten uns:

Frau Sabrina Drowski (Buchhaltung) sowie weitere benannte Personen

Der Vorstand gab die übliche Vollständigkeitserklärung ab.

Die Aufzeichnungen über die durchgeführten Prüfungshandlungen wurden zu unseren Arbeitsunterlagen genommen.

II. Rechtliche Verhältnisse

Name:	Bundesverband bäuerlicher Hähnchenerzeuger e.V.
Sitz und Anschrift:	10117 Berlin, Claire-Waldoff-Str. 7
Gründung:	12. Mai 1962
Vereinsregister:	VR 25241 B, Amtsgericht Charlottenburg
Satzung:	gültig in der Fassung vom 10. Mai 2017 Eintragung im Vereinsregister am 6. Oktober 2017
Aufgaben des Verbandes:	<ul style="list-style-type: none">• Die Kenntnisse seiner Mitglieder über die Hähnchenerzeugung und Vermarktung zu vertiefen.• Alle an der Geflügelwirtschaft, insbesondere Hähnchenerzeugung, beteiligten Kreise mit dem Ziel zusammenzuführen, die deutsche Hähnchenerzeugung international wettbewerbsfähig zu erhalten.• Alle an der Geflügelwirtschaft beteiligten Kreise, Behörden und Institute zu informieren und zu diesem Zwecke Veröffentlichungen herauszugeben.• Das Interesse der Verbraucher für Hähnchenfleisch zu fördern.
Mitglieder:	<p>Ordentliches Mitglied können regionale Erzeugerorganisationen in Deutschland werden, soweit sie als juristische Person organisiert sind und sich mit der Erzeugung von Hähnchenfleisch befassen. Handelsfirmen und juristische Personen, die sich mit der Erzeugung von Hähnchenfleisch befassen, können auf Antrag nur dann eine Mitgliedschaft im Verband erwerben, wenn die Möglichkeit zum Anschluss an eine bereits bestehende Erzeugerorganisation nicht besteht.</p> <p>Außerordentliche Mitglieder können natürliche oder juristische Personen werden, die bereit sind, die Zwecke des Verbandes zu fördern.</p>

- Vorstand: Der Vorstand besteht aus bis zu sechzehn von der Mitgliederversammlung gewählten Vorstandsmitgliedern.
- Der Vorstand setzt sich zum 31. Dezember 2022 wie folgt zusammen:
 Vorsitzender: Stefan Teepker
 Stellvertretender Vorsitzender: Thomas Korte
- Philipp Beckhove
 - Richard Danninger
 - Dietmar Deitermann
 - Sven Diekhaus
 - Marion Dorn
 - Christian Högl
 - Thomas Korte
 - Matthias Meckmann
 - Dr. Andreas Schröder
 - Kristin Schultz
 - Ludwig Schultz
 - Peter Vollmers
 - Josef Wohlfrom
 - Martin Ziemann
- Der Vorstand wurde in der Mitgliederversammlung vom 5. Oktober 2021 gewählt.
- Mitgliederversammlung: Auf der Mitgliederversammlung am 25. Mai 2022 in Ulm wurde die Jahresrechnung zum 31. Dezember 2021 genehmigt und dem Vorstand und der Geschäftsführung einstimmig Entlastung erteilt. Ebenso wurde der Haushaltsplan 2023 genehmigt.
- Rechnungsprüfer: Bent Beckmann
 Franz Diephaus-Borchers

III. Sonstige Feststellungen

1. Rechnungswesen

Die Geschäftsvorfälle des BVH werden mit Hilfe des EDV-Systems „DATEV“ verbucht. Die Buchführung und Belegablage sind entsprechend den Bedürfnissen des BVH übersichtlich geordnet und geben zu Beanstandungen keinen Anlass.

Die von uns stichprobenweise durchgeführten formellen Prüfungen bestätigen die Ordnungsmäßigkeit des Rechnungswesens.

Die Jahresrechnung zum 31. Dezember 2022 (Anlagen 1 und 2) haben wir anhand der uns übergebenen und abgestimmten Saldenbilanz überprüft. Alle Aufwands- und Ertragspositionen sind belegt. Die in der Vermögensübersicht ausgewiesenen Besitzposten und Schulden sind vollständig nachgewiesen und stimmen mit den vorgelegten Unterlagen überein.

2. Steuerliche Verhältnisse

Der BVH ist unter der Steuernummer 27/620/57476 beim Finanzamt für Körperschaften I in Berlin steuerlich geführt. Der Verein ist als Berufsverband von der Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer befreit. Ein steuerpflichtiger, wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb liegt nicht vor.

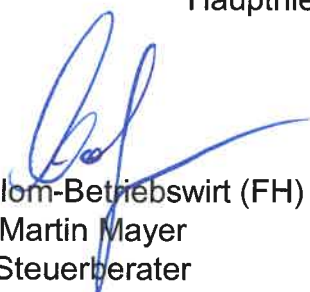
IV. Bescheinigung

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung erteilen wir folgende uneingeschränkte Bescheinigung:

„Die Buchführung und die Jahresrechnung entsprechen nach unserer pflichtgemäßen Prüfung der Satzung und den Grundsätzen einer ordnungsmäßigen Rechnungslegung.“

München, den 8. Mai 2023

ECOVIS Wirtschaftstreuhand GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Hauptniederlassung München



ppa. Diplom-Betriebswirt (FH)
Martin Mayer
Steuerberater



ppa. Diplom-Betriebswirt (FH)
Peter Knop
Wirtschaftsprüfer
Steuerberater

B. Erläuterungen zur Jahresrechnung zum 31. Dezember 2022**I. Besitzposten**

1. <u>Beteiligungen</u>	<u>EUR</u>	18.200,00
	(Vj. EUR	18.200,00)

Zusammensetzung:

	Stand am 01.01.2022 EUR	Zugang (+) Abgang (-) 2021 EUR	Stand am 31.12.2021 EUR
Mastgeflügel-Stabilisierungsfonds- Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH	18.200,00	0,00	18.200,00
<u>Gesamt</u>	<u>18.200,00</u>	<u>0,00</u>	<u>18.200,00</u>

An der Vermögensverwaltungs-GmbH der Erzeugervereinigung Mastgeflügel-Stabilisierungsfonds besteht eine 50%-ige Beteiligung.

2. <u>Wertpapiere</u>	<u>EUR</u>	138.273,40
	(Vj. EUR	147.297,87)

Die Wertpapiere wurden mit dem niedrigeren Verkehrswert bilanziert. Der Kurswert zum 31. Dezember 2022 beträgt EUR 138.273,40. Die historischen Anschaffungskosten betragen EUR 147.297,87.

3. <u>Beitragsforderungen</u>	<u>EUR</u>	101.248,08
	(Vj. EUR	106.888,81)

Zusammensetzung:

	<u>2022</u>	<u>Vj.</u>
	EUR	EUR
Forderungen gegenüber Verbandsmitgliedern	<u>101.248,08</u>	<u>106.888,81</u>
	<u>101.248,08</u>	<u>106.888,81</u>

Die Forderungen sind anhand der vorgelegten Saldenlisten und der Rechnungsgrundlagen nachgewiesen worden. Zum Zeitpunkt der Prüfung waren die Forderungen größtenteils ausgeglichen.

4. <u>Geldmittel</u>	<u>EUR</u>	287.981,05
	(Vj. EUR	189.808,00)

Zusammensetzung:

	<u>2022</u>	<u>Vj.</u>
	EUR	EUR
Commerzbank AG	193.422,46	172.145,70
Landessparkasse zu Oldenburg	<u>94.558,59</u>	<u>17.662,30</u>
	<u>287.981,05</u>	<u>189.808,00</u>

Die Bestände sind durch Kontoauszüge nachgewiesen. Der Ausweis laut Buchhaltung stimmt mit den vorliegenden Belegen überein.

5. <u>Sonstige Vermögensgegenstände</u>	<u>EUR</u>	41.938,48
	(Vj. EUR	37.737,88)

Zusammensetzung:

	<u>2022</u>	<u>Vj.</u>
	EUR	EUR
debitorische Kreditoren	280,42	218,20
geleistete Anzahlungen	0,00	2.347,20
Sonstige Forderungen	111,90	0,00
Verrechnungskonto BVG e.V.	84,90	Verb.
Verrechnungskonto IDEG GmbH	0,00	0,00
Verrechnungskonto ZDG e.V.	<u>41.461,26</u>	<u>35.172,48</u>
	<u>41.938,48</u>	<u>37.737,88</u>

II. Schulden

1. Rückstellungen

	<u>EUR</u>	<u>102.248,00</u>
	(Vj. EUR	97.498,00)
	<u>2022</u>	<u>Vj.</u>
	EUR	EUR
Prozesskosten, Rechts- und Beratungskosten, Forschung Prüfungskosten	98.748,00	93.998,00
	<u>3.500,00</u>	<u>3.500,00</u>
	<u>102.248,00</u>	<u>97.498,00</u>

Rückstellungen wurden für ungewisse Verbindlichkeiten gebildet, deren Höhe und Fälligkeit im Zeitpunkt der Bilanzerstellung noch nicht bekannt waren. Die Höhe wurde kaufmännisch vernünftig geschätzt.

2. Verbindlichkeiten

	<u>EUR</u>	<u>6.447,27</u>
	(Vj. EUR	5.973,18)
	<u>2022</u>	<u>Vj.</u>
	EUR	EUR
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5.757,55	5.506,26
Verrechnungskonto Mafo	346,00	0,00
Sonstige Verbindlichkeiten	0,00	30,52
Verbindlichkeiten Lohnsteuer	343,72	395,25
Verrechnungskonto BVG e.V.	Ford.	41,15
	<u>6.447,27</u>	<u>5.973,18</u>

**C. Unterzeichnung der Jahresrechnung durch das
vertretungsberechtigte Organ**

Berlin, den 8. Mai 2023

Bundesverband bäuerlicher Hähnchenerzeuger e.V.



Stefan Teepker
Vorstandsvorsitzender

Anlagen

Vermögensübersicht zum 31. Dezember 2022

	<u>2022</u> EUR	<u>Vj.</u> EUR
I. <u>Besitzposten</u>		
Beteiligungen	18.200,00	18.200,00
Wertpapiere	138.273,40	147.297,87
Beitragsforderungen	101.248,08	106.888,81
Geldmittel	287.981,05	189.808,00
Sonstige Vermögensgegenstände	41.938,48	37.737,88
	<u>587.641,01</u>	<u>499.932,56</u>
II. <u>Schulden</u>		
Rückstellungen	102.248,00	97.498,00
Verbindlichkeiten	6.447,27	5.973,18
	<u>108.695,27</u>	<u>103.471,18</u>
III. <u>Vereinsvermögen</u>	<u>478.945,74</u>	<u>396.461,38</u>
IV. <u>Veränderung des Vereinsvermögens 2022</u>		EUR
Vereinsvermögen am 31. Dezember 2021		396.461,38
Jahresüberschuss 2022		<u>82.484,36</u>
Vereinsvermögen am 31. Dezember 2022		<u>478.945,74</u>

Ertrags- und Aufwandsrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022

	2022 EUR	Vj. EUR
<u>Erträge</u>		
Beiträge	368.189,50	360.162,77
Beiträge Vorjahr	<u>33.885,69</u>	<u>30.111,12</u>
Zwischensumme	<u>402.075,19</u>	<u>390.273,89</u>
Erstattungen AAG	379,05	764,40
Erträge aus Kapitalanlagen	<u>2.084,00</u>	<u>1.302,50</u>
Gesamtbetrag der Erträge	<u><u>404.538,24</u></u>	<u><u>392.340,79</u></u>
<u>Aufwendungen</u>		
DGS-/MEG-Bezug Mitglieder	85.857,66	122.851,88
Kosten gemeinsame Geschäftsstelle	70.040,76	73.664,52
Reisekosten, Bewirtung (Vorstand, Mitglieder usw.)	51.924,43	43.662,43
Rechts- und Beratungskosten	14.832,76	38.976,30
Personalkosten	26.764,37	29.105,67
Forschungskosten	0,00	20.000,00
Beiträge an andere Verbände	19.933,87	19.245,30
PR-Maßnahmen	4.513,09	6.168,01
Reisekosten Geschäftsstelle	1.554,52	1.191,90
Sonstige Verwaltungskosten / Steuern	21.480,68	13.628,18
Abschlusskosten / Kosten Wirtschaftsprüfer	4.440,63	5.253,10
Fachliteratur	4.269,53	3.196,85
Abschreibungen	3.445,96	3.028,99
Wertberichtigung Wertpapiere	9.024,47	
Versicherungen	1.001,25	691,45
Bewirtung allgemein	166,35	154,22
Büromaterial	134,31	741,09
Portogebühren	81,77	1.886,03
Sonderveranstaltungen	2.545,07	0,00
Kopierkosten	<u>42,40</u>	<u>57,36</u>
Gesamtbetrag der Aufwendungen	<u><u>322.053,88</u></u>	<u><u>383.503,28</u></u>
<u>Jahresüberschuss</u>	<u><u>82.484,36</u></u>	<u><u>8.837,51</u></u>

Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2017

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt.

(3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

(4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(5) Ein einzelner Schadensfall im Sinne von Abs. 2 ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(6) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.